



## SANDRA FUNKEN MdL



### SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die Bewältigung der Pandemie hat Gesellschaft und Politik noch immer fest im Griff. Auch wenn die Sommerferien vor der Tür stehen, heißt das für uns Abgeordnete des Hessischen Landtags: Weiter arbeiten – für unsere Heimat. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen von weiteren Lockerungen und Entwicklungen im Kontext der Pandemie berichten, aber auch über die Initiativen der CDU in den Bereichen Digitalisierung, Schule, Vereins- und Kommunal- sowie Wirtschaftsförderung, durch welche wir die notwendigen Mittel und Instrumente bereitstellen, um diese Krise gemeinsam zu meistern.

Ihre

Sandra Funken

### LAND HESSEN FÖRDERT INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

## 100.000 EURO FÜR ODENWALD

Interkommunale Zusammenarbeit steigert die Dienstleistungsqualität und die Effizienz gerade in kleineren und ländlichen Kommunen durch kluge Konzepte der Zusammenarbeit. Diese kann auf ganz unterschiedlichen Ebenen stattfinden: Bei der Nutzung der Infrastruktur, bei den Standesämtern, Bauhöfen, im Breitbandausbau, im Brandschutz oder bei der Schaffung von Gewerbegebieten und Tourismusangeboten. Die Möglichkeiten sind riesig.

Im Odenwald gibt es bereits sehr gute Beispiele, z.B. die gemeinsame Jugendarbeit von Lützelbach und Breuberg. Nun kommt mit einer zentralen Vergabestelle ein weiteres tolles Projekt hinzu. Gemeinsam mit dem Odenwaldkreis, sowie den Kommunen Bad König, Breuberg, Erbach, Michelstadt, Oberzent Brensbach, Brombachtal, Fränkisch-Crumbach, Lützelbach, Mossautal und Reichelsheim habe ich mich für eine Landesförderung starkgemacht. Es

freut mich sehr, dass das Land auf dieses Engagement reagiert hat und das Projekt mit 100.000 Euro fördert. Mit der neuen Vergabestelle, die beim Bau- und Immobilienmanagement des Kreises angesiedelt ist, schaffen wir eine regionale Zentrale für vergaberechtliche Planung und Prüfung für eine verbesserte Ausschreibungspraxis und höhere Rechtssicherheit im Odenwald. Das ist ein gutes Signal für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Odenwald!





## Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die letzte Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor den Sommerferien vor. Zwei lange und intensive Plenarwochen mit wichtigen und zukunftsstragenden Entscheidungen liegen hinter uns. Insbesondere der Beschluss und die Umsetzung des 12 Mrd. schweren Hilfspaketes zur Bewältigung der Corona-Krise ist ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die Auswirkungen des Virus und ein starkes Zeichen für unsere Handlungsfähigkeit. Gerade jetzt, in diesen außergewöhnlichen Zeiten müssen wir gewährleisten, was die Menschen am meisten brauchen: planbare und verlässliche Hilfen.

Die Hessinnen und Hessen haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung sie bestmöglich durch die Krise führt. Diesem Anspruch wollen wir mit dem außergewöhnlichen Schritt eines Sondervermögens von bis zu 12 Mrd. Euro gerecht werden. Durch das Sondervermögen

helfen wir nicht nur mit weiterem Geld für Gesundheitsschutz, den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie für unsere soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir nutzen auch Chancen, die in der Krise liegen, modernisieren unser Land und investieren etwa in Digitalisierung und Klimaschutz. Bürger, Unternehmen, Arbeitnehmer, Vereine, Kommunen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sollen wissen, dass wir sie im Blick haben und hart daran arbeiten, Ihnen für die kommenden Jahre Sicherheit zu geben.

In einem ausführlichen Beitrag beschäftigen wir uns mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum Mordfall Dr. Walter Lübcke. Der Tod unseres Freundes Walter Lübcke schmerzt nach wie vor sehr und lässt uns alle und insbesondere die CDU-Familie weiterhin fassungslos zurück. Polizei, Justiz und Ermittlungsbehörden haben in den vergangenen 12 Monaten akribisch und mit vollem Einsatz daran gearbeitet, dass dieses abscheuliche Verbrechen aufgearbeitet wird und dass die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Mit dem am 16. Juni begonnenen Prozess vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein wichtiger Schritt getan, um die mutmaßlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Parallel zu diesem Prozessbeginn wurde in der vergangenen Woche ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Wir haben diesem Ausschuss zugestimmt, nicht weil es unser Wille war, sondern weil wir es als unsere Pflicht und Verantwortung empfunden

haben. Es geht um den Mord an unserem Freund, einem von uns, einem Teil der CDU-Familie. Umso deutlicher möchte ich unterstreichen: Niemand hat ein größeres Interesse an der Aufklärung der Tat und der Hintergründe als wir. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern vor allem auch die Familie Lübcke zu schützen und ihr in dieser schweren Zeit zur Seite zu stehen. Denn gerade für sie beginnt mit dem Prozess und den ständigen Anlässen zu neuen Berichterstattungen wiederum eine Zeit, die keiner von uns jemals nachempfinden kann und möchte. Aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden für sie da.

Abschließend geben wir in dieser Ausgabe Informationen zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes und ein klares Bekenntnis der Wertschätzung für die Arbeit unserer Polizei und Einsatzkräfte. Gerade im Zuge der Ausschreitungen in Stuttgart und den latenten Rassismuskorruptionen und Unterstellungen aus linken Teilen von Gesellschaft und Politik verdienen sie unser aller Rückhalt und Dank für ihre tägliche Arbeit.

Eine interessante Lektüre und vor allem schöne und erholsame Sommertage wünscht Ihnen

### Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

# EINSETZUNG UNTER MORDFALL DR. WALTER LÜBCKE

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Der schreckliche Mord an unserem CDU-Parteifreund und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke hat Hessen erschüttert. Die Tat am 2. Juni 2019 ist zweifellos eine tiefe Zäsur für jeden, der Walter Lübcke kannte. Darüber hinaus ist sie ein tiefer Einschnitt für unser demokratisches Gemeinwesen und für unser gesamtes Land. Erstmals seit den niederträchtigen Morden der RAF ist ein Repräsentant unseres Staates und unserer freiheitlichen Demokratie offenbar gezielt und aus niederträchtigen Motiven zum Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden.

Immer noch fragen sich viele und fragen auch wir uns, wie konnte es dazu kommen. Wie ist es möglich, dass in diesem freien, demokratischen Land ein Politiker mutmaßlich wegen seiner Äußerungen, seiner Ansichten Opfer eines feigen Mordes werden konnte. Dr. Walter Lübcke war ein lebensbejahender Mensch, ein Brückenbauer, der die Interessen der Bürger in Nord- und Osthessen und weit darüber hinaus mit großer Empathie vertreten hat. Er war zehn Jahre lang Mitglied unserer Fraktion im Hessischen Landtag, ein beherzter Christdemokrat und demokratischer



Vorkämpfer, der für seine Grundsätze und Werte eingetreten ist und als Kasseler Regierungspräsident humanitäre Größe in schwierigen Zeiten bewiesen hat. Umso unverständlicher ist es, dass es genau diese vorbildlichen Tugenden waren, die ihm menschenverachtende Anfeindungen und puren Hass entgegenbrachten. Er wurde zum Feindbild von Rechtsradikalen, aus deren Reihen er hinterrücks und kaltblütig ermordet wurde. Unsere Betroffenheit geht bis ins Mark, auch weil es nach wie vor unbegreifbar ist, was an jenem 2. Juni geschah.

Der Prozessauftritt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein sehr wichtiger Schritt, die fürchterliche Tat und ihre Hintergründe aufzuklären. Unsere Gedanken sind dabei einmal mehr bei der Familie von Walter Lübcke, die in dem Prozess als Nebenkläger auftritt. Für sie beginnt wiederum eine schwere Zeit, aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden weiter fest an ihrer Seite.

Parallel zu dem Prozessbeginn wurde ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Ein Ausschuss, den es aus unserer Sicht nicht gebraucht hätte, dient er doch - wie die Verlautbarungen der Opposition in diesen Tagen zeigen - eher der parteipolitischen

Profilierung als der eigentlichen Aufklärung. Parteipolitische Interessen haben jedoch angesichts der Tat in den Hintergrund zu treten. Unser Innenminister Peter Beuth hat in den vergangenen zwölf Monaten in praktisch jeder Sitzung des Innenausschusses Stellung genommen und den Ausschuss ausführlich unterrichtet. Ebenso haben die Ermittlungsbehörden von Polizei und Justiz alles dafür getan, die Tat schnellstmöglich aufzuklären und die Anklage der Bundesanwaltschaft vorzubereiten. Ihnen gebührt dafür unser tief empfundener Dank.

Insofern bestand aus Sicht der CDU-Fraktion keine Not, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Und dennoch haben wir dem Antrag zugestimmt. Nicht, weil es unser Wunsch war, sondern weil wir es als unsere Pflicht empfunden haben. Es geht um Mord, um das abscheuliche Verbrechen an unserem Freund Dr. Walter Lübcke.

Mit der Zustimmung machen wir zudem deutlich, dass unser Hessischer Innenminister im Innenausschuss des Landtags bereits alles, was nun an Dokumenten gefordert wird, bereits auf den Tisch gelegt hat. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern auch und insbesondere die Familie des Opfers zu schützen. Die Familie Lübcke hat unermessliches Leid erfahren und die ständigen Anlässe zu neuen

Berichterstattungen, der Prozess und viele andere Umstände führen dazu, dass der nicht enden wollende Schmerz immer wieder neu entflammt. Als CDU-Fraktion, die Fraktion von Walter Lübcke wollen und werden wir daher nicht zulassen, dass die Familie vor den Ausschuss zitiert wird. Bei allem politischen Diskurs, der in der nun anstehenden parlamentarischen Befassung mit diesem Mord sicherlich noch geführt werden wird, sollte es die gemeinsame Auffassung und Konsens aller Parlamentarier sein, Rücksicht zu nehmen auf die Menschen, die von den Geschehnissen des 2. Juni 2019 härter getroffen wurden als jeder andere.

Abschließend möchte ich überdies einen Punkt noch unmissverständlich deutlich machen: Die Zustimmung der CDU zu diesem Antrag, den auch die Linke mit eingereicht hat, ändert nichts an unserer glasklaren Haltung, an unserer Abgrenzung nach links und rechts außen. Wir werden es in keiner Weise zulassen, dass die Linke den Mord an Dr. Walter Lübcke instrumentalisiert. Unsere Zustimmung erfolgte aus Verantwortung, aus der Pflicht gegenüber Walter Lübcke. Sie bedeutet keine Abkehr von unseren Parteitagebeschlüssen und unserer inneren Überzeugung, dass wir mit Kräften, die unsere Gesellschaft umstürzen wollen, inhaltlich in keiner Weise zusammenarbeiten. Und das gilt links wie rechts!

# MEHR FACHKRÄFTE IN DIE KITAS

*Claudia Ravensburg, sozialpolitische Sprecherin*

Wir freuen uns sehr, dass in Hessen die Kinderzahlen kontinuierlich steigen. Zeigt es doch auch, dass Hessen ein familienfreundliches Land ist. Die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen ist daher in allen Landesteilen geplant. Das Land unterstützt die Kommunen dabei mit einem eigenen Investitionsprogramm in Höhe von 142 Mio. Euro. Doch was bringen Kitaplätze, wenn es an Erzieherinnen und Erziehern fehlt? In den letzten Jahren haben wir gemeinsam mit den Trägern der Erzieherfachschulen die Schulplätze auf über 8400 Plätze verdoppelt. Darüber hinaus ermöglichen wir in 2020 und 2021 jeweils 600 jungen Menschen eine dualisierte praxisorientierte Ausbildung, wobei das Land in den Kitas die Anleitung übernimmt und die Vergütung zahlt.

Zudem haben wir im Rahmen der am 25. Juni verabschiedeten Novelle des Hes-

sischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes den Fachkräftecatalog moderat erweitert. So werden mit Inkrafttreten des Gesetzes Heilerziehungspfleger in allen Kitas als Fachkraft anerkannt und Sozialassistenten, Kinderpfleger und auch Personen mit fachfremden Abschlüssen zur Mitarbeit in den Gruppen zugelassen. Diese Kräfte müssen bereits Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit haben und werden zu einer Fortbildung im Bereich frühkindliche Bildung verpflichtet.

So kann beispielsweise die Logopädin in Kitas mitarbeiten, die sich auf Sprachförderung spezialisiert haben oder der Waldpädagogin in Waldkitas sein Fachwissen in die Betreuung der Kinder einfließen lassen. Hierbei handelt es sich ausdrücklich um Einzelfälle, die vom Jugendamt genehmigt werden müssen und nur 15 % des Betreuungspersonals umfassen dür-

fen. Die Öffnung des Fachkräftecataloges soll auf keinen Fall die Qualität in unseren hessischen Kitas herabsetzen, sondern die Betreuung unserer Kinder viel mehr bereichern. Mit diesem Schritt folgen wir den Forderungen der Kindergartenträger, die in der Gesetzesanhörung im Mai unisono eine solche Öffnung gefordert haben.



## SANDRA ALLMANN WIRD CDU-BÜRGERMEISTERKANDIDATIN FÜR MICHELSTADT

Auf Einladung der CDU Michelstadt habe ich als Landtagsabgeordnete an der diesjährigen Mitgliederversammlung teilgenommen. Dort informierte ich über Aktuelles aus der Landespolitik und konnte selbst viele Anregungen aus der Kommunalpolitik für meine Arbeit in Wiesbaden mitnehmen. Im Rahmen der Sitzung wurde auch die Kandidatin der CDU Michelstadt für die Bürgermeisterwahl nominiert. Sandra Allmann ist studierte Politikwissenschaftlerin und Fraktionsgeschäftsführerin der CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU Michelstadt ist seit 2011 Stadtparlamentarierin. Als Michelstädterin liegt ihr vor allem das Wohl der Menschen in Ihrer Heimat am Herzen. Sie will sich für Infrastruktur- und Digitalisierungsprojekte einsetzen, gleichzeitig aber auch alltägliche Aufgaben und wichtige Details im Blick behalten – von der Barriere-

freiheit bis zur Gestaltung von Spielplätzen. Sandra Allmann steht für einen engen Dialog mit den Bürgern, ein offenes Ohr für Nöte, Ideen und Probleme, aber auch für Einsatzbereitschaft, wenn es darum geht, die Ärmel hochzukrempeln und loszulegen. Ich gratuliere Sandra Allmann ganz herzlich zu ihrer Nominierung und dem tollen Ergebnis: 100 Prozent der Abstimmungsberechtigten sprachen ihr das Vertrauen aus. Für die Bürgermeisterwahl wünsche ich ihr alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.



## „STARKES DORF – WIR MACHEN MIT“: SV 1969 AIRLENBACH ERHÄLT 5.000 EURO FÜR DIE MODERNISIERUNG DER SPORTPLATZHÜTTE

Hessens Dörfer sind nur zukunftsfähig, wenn sie attraktiv bleiben. Mit dem Förderprogramm „Starkes Dorf – Wir machen mit“ hat die Hessische Landesregierung im laufenden Jahr bisher schon 54 Projekte mit rund 210.000 Euro gefördert, die durch ehrenamtliches Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Dorf stärken sowie die Lebensqualität verbessern. Das können Spiel- oder Grillplätze sein,

aber auch einfach schöne Sitzgelegenheiten an zentralen Orten – den Ideen sind keine Grenzen gesetzt. Insgesamt stehen jährlich 500.000 Euro bereit, die von Vereinen, Verbänden oder Freiwilligenagenturen abgerufen werden können. Aus dem Odenwaldkreis wird ein Projekt des SV 1969 Airlenbach e.V. gefördert. Durch die bewilligte höchstmögliche Fördersumme von 5.000 Euro kann der Verein die Hütte auf dem Airlenbacher Sportplatz modernisieren. Ich freue mich sehr, dass der SV Airlenbach den Treffpunkt am Sportplatz mit der Höchstsumme auf den neusten Stand bringen kann, damit die Menschen dort auch zukünftig zusammenkommen und feiern können.

Weitere Informationen unter <http://landhatzukunft.hessen.de>.

## FÖRDERPROGRAMM „WEITERFÜHRUNG DER VEREINSARBEIT“ – 1.100 EURO FÜR TSV 1965 BULLAU

Der stete Tropfen höhlt den Stein – in den vergangenen Wochen und Monaten haben Kommunen und Vereine im Odenwald immer wieder Förderzusagen des Landes erhalten, zum Beispiel für die Interkommunale Zusammenarbeit, den Brandschutz oder das Sport- und Vereinswesen. Besonders die Förderung für die Odenwälder Vereine ist für mich zentral: Vereine sind gelebte Gemeinschaft. Sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zeigen die Wichtigkeit von ehrenamtlichem Engagement. Ihr Verdienst geht damit weiter über sportlichen Wettbewerb und den positiven Effekt der Bewegung auf die Gesundheit hinaus.

Mir persönlich ist es deshalb sehr wichtig, dass die Vereine für diese Leistungen die angemessene Unterstützung erhalten. Dass der Turn- und Sportverein 1965 Bullau in Erbach nun 1.100 Euro für die Anschaffung einer Hebeanlage im Sportlerheim erhält, freut mich daher sehr. Die Mittel werden aus dem Landesprogramm „Weiterführung der Vereinsarbeit“ gewährt. Zuwendungen, wie diese zeigen, dass die Vereine im Odenwald auch in herausfordernden Zeiten auf Rückendeckung durch die CDU-geführte Landesregierung vertrauen können.

## IMPRESSUM

### CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552  
E-Mail: [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)  
[twitter.com/cdu\\_fraktion](https://twitter.com/cdu_fraktion)  
[facebook.com/cdufraktionhessen](https://facebook.com/cdufraktionhessen)  
[www.instagram.com/cdufraktion](https://www.instagram.com/cdufraktion)

### Sandra Funken MdL

Wahlkreis Odenwald  
Hauptstr. 59 | 64711 Erbach  
Tel.: (06062) 2679497 | Fax: (06062) 2679499  
Email: [s.funken@ltg.hessen.de](mailto:s.funken@ltg.hessen.de)  
Fotos: Privat, Scarlett Rüger, Marius Schmitt, [cdu.de](http://cdu.de), [cduhessen.de](http://cduhessen.de)

